

Wäre Marcel Lefebvre auf die für ihn im Grunde überaus günstige Einigungsvereinbarung eingegangen, hätte dies möglicherweise bereits im Frühsommer 1988 wegen innerer Spannungen zum Auseinanderbrechen der Traditionalistenbewegung geführt. Da er im letzten Moment davor zurückschreckte, blieb es Johannes Paul II. überlassen, denjenigen, die Lefebvre nicht ins Schisma folgen wollten, auf der Basis des noch von diesem selbst ausgehandelten Protokolls vom Mai 1988 goldene Brücken für den Verbleib in der Kirche zu bauen. Das damalige überaus weitreichende Entgegenkommen wurde Rom weder von der Mehrheit der Bischöfe noch auch von Lefebvre selbst gedankt. Daß man ein drohendes Schisma zu verhindern suchte, wurde akzeptiert. Daß man dafür aber die Bedingungen so niedrig ansetzte – ohne letztlich etwas zu bewirken – stieß auf großes Unverständnis. Daß es zum erhofften Aderlaß im großen Stil bei der Priesterbruderschaft St. Pius X. – wenigstens bisher – nicht gekommen ist, verwundert schon kaum mehr. Die wenn auch nur theoretische Möglichkeit einer Wiedernäherung der Bewegung an Rom dürfte jedenfalls nach dem Tod Lefebvres noch unwahrscheinlicher geworden sein.

Wenn also große Veränderungen in der Lefebvreschen Traditionalistenbewegung vorderhand nicht zu erwarten sind – über ihre *zukünftige Entwicklung* ist damit noch wenig gesagt. Nicht nur daß sich das Nebeneinander der vier Bischöfe und des Ordensoberen als Nicht-Bischof eines Tages als konfliktträchtig erweisen könnte. Mindestens ebenso bedeutsam ist die Frage, wie sich die Lefebvresche Traditionalistenbewegung bei einer längeren Trennung von der Kirche, aus der sie einst hervorgegangen ist, weiterentwickeln wird.

Wie wird sich die Bewegung vor allem ohne denjenigen verhalten, der ihre historisch bedeutsamsten Quellen in sich verkörperte. Mit seinem Kampf gegen einen Teil der Konzilsbeschlüsse blieb Lefebvre in erster Linie dem treu, was er sich in den 30er Jah-

ren vom Geiste der nationalistisch-monarchistischen „Action française“ angeeignet hatte. In dem Maße aber, wie Generationen von Priesteramtskandidaten und Gläubigen zu den Traditionalisten stoßen, die selbst beides nur mehr aus Büchern bzw. vom Hörensagen kennen, wird diese Bewegung sich weiter wandeln, so wie sie ja auch bis heute bereits verschiedene Gesichter zeigte: Zu Beginn war sie in erster Linie eine Episode in der Rezeptionsgeschichte des Zweiten Vatikanischen Konzils. Schon in den siebziger Jahren wurde deutlich, daß ihr geistesgeschichtlicher und kultureller Hintergrund weit hinter das Konzil zurückreicht.

Inzwischen hat man es mit kleinsten Minderheiten von Katholiken zu tun, die einem fundamentalistischen Wunsch nach Glaubensgewißheit und Sicherheit in Lehrfragen anhängen, die meinen, sich die mühsame Auslege-, Übersetzungs- und Deutearbeit in Verkündigung und Theologie mit Verweis auf das vermeintlich „Ewige“ sparen zu können. In dieser Ausprägung könnte der Lefebvresche Traditionalismus seinen Gründer durchaus auf Dauer überleben – und sich doch auch langfristig von den Lefebvreschen Anliegen entfernen.

Für die Beziehungen zu Rom sind derweil nur diejenigen relevant, denen der Papst – fast wie ein Gefangener der Lefebvre gegenüber gemachten Zugeständnisse – in „Ecclesia Dei“ die Rückkehr in die Kirche eröffnete, ohne daß sie auch nur im geringsten den Lefebvreschen Ideen abschwören mußten. Ihre Zukunft ist ungeklärter denn je. Der Präsident der Päpstlichen Kommission „Ecclesia Dei“, Kurienkardinal *Augustin Mayer*, der mit seiner Arbeit bei den Bischöfen bisher nur auf wenig Gegenliebe stieß, hat unterdessen seinen altersbedingten Rücktritt eingereicht. Wie es mit den Traditionalisten in der Kirche weitergehen wird, wird auch davon abhängen, wer sein Nachfolger wird, bzw. dessen Name wird Auskunft darüber geben, ob Johannes Paul II. in dieser Sache so weiterzumachen gedenkt, wie er es – etwas glücklos – seit Herbst 1988 versucht. nt

## Vage

### *Die Erzbischöfe von Freiburg und München-Freising kündigen diözesane Gesprächsforen an*

Wie sehr sich die Vorgänge – bei allen Unterschieden – doch gleichen: Im Bistum Augsburg sorgte das offizielle Ende der Diözesansynode im März für neuen Frust. Bischof *Josef Stimpfle* nahm – als oberster Gesetzgeber seiner Diözese dazu berechtigt – an inhaltlich sensiblen Stellen *Änderungen* am ursprünglich beschlossenen Synodendokument vor, die mehr sind als bloß redaktionelle Überarbeitungen, und erregte damit bei den Synodalen erheblichen Unmut. Manche von ihnen weigerten sich gar, bei der feierlichen Übergabe des Dokuments ein Exemplar aus der Hand ihres Bischofs entgegenzunehmen. Auch bei der zweiten Diözesansynode, die im vergangenen Jahr in Deutschland zu Ende ging, der Hildesheimer, war der Bischof zu der Ansicht gelangt, die Synodenbeschlüsse nicht in allen Punkten unverändert in Kraft setzen zu können. Bischof *Josef Homeyer* wählte jedoch einen anderen Weg als sein Mitbruder in Augsburg: Die von ihm vorgenommenen Änderungen ließ er drucktechnisch als solche hervorheben und nahm die ursprünglich beschlossene Fassung jeweils in Fußnoten auf.

Wenn unterdessen die Erzbischöfe *Saier* und *Wetter* ankündigten, daß in ihren Bistümern Freiburg bzw. München und Freising noch in diesem Jahr ein *Diözesanforum* bzw. ein *Pastorales Forum* abgehalten werden sollen, wirkten diese Ankündigungen so, als habe man aus den Erfahrungen von Hildesheim und Augsburg gelernt. Man entschied sich in beiden Fällen nicht zufällig *gegen* eine Diözesansynode und *für* ein rechtlich unverbindlicheres Gesprächsforum. Die Gründe sind im wesentlichen dieselben: Nicht das Ringen um beschlußfähige Formulierung

gen für anschließend im Bücher-schrank verschwindende Synodenbeschlüsse soll im Vordergrund stehen, sondern der Versuch, miteinander über allseits bedrängende Fragen der Ortskirche ins Gespräch zu kommen. Dabei soll das Gespräch nicht durch das Korsett des kirchenrechtlich umschriebenen Instituts „Diözesansynode“ belastet werden. In Freiburg werden gut 200 Delegierte zweimal innerhalb dieses Jahres zusammenkommen, in München-Freising rund 100 Delegierte einmal – Fortsetzung in beiden Fällen nicht ausgeschlossen. Wie überhaupt beide Bischöfe sich geradezu überbieten in Versicherungen, daß das Gespräch so offen wie nur möglich geführt, niemand in seiner Freiheit eingeeengt und sowenig wie möglich präjudiziert werden solle. Trotz aller erklärten und auch nicht in Zweifel zu ziehenden Dialogbereitschaft der Bischöfe ist die Tendenz, statt Synoden unverbindlicheren Gesprächsforen den Vorzug zu geben, nicht unproblematisch. Wer die gemeinsame Verantwortung des Gottesvolkes für die kirchliche Gemeinschaft stärken will – und das war immerhin der mit der Würzburger Gemeinsamen Synode eingeschlagene Weg –, kann sich nicht mit einer letztlich nur vage bleibenden Gesprächsbereitschaft zufriedengeben. Wo Verantwortung geteilt werden soll, braucht es dazu verbindliche Strukturen. Wer berät? Was wird beraten? Wann wird beraten? – solche Fragen dulden keine Unverbindlichkeiten und Zufälligkeiten. Wer das synodale Element in der Kirche stärken will, kann die Entscheidung, ob und wann eine Synode stattfinden soll, nicht abhängig machen von der Frage, ob dabei etwas mehr oder weniger Papier herauskommt und wie intensiv diese Papiere nachher gelesen werden. Ebensowenig kann letztlich den Ausschlag geben, ob es zum gegenwärtigen Zeitpunkt opportun oder nicht opportun ist zu beraten – in der Befürchtung, früher einmal durchgesetzte Positionen möglicherweise nicht mehr halten zu können. Und auch die vielfach zu hörende Klage, man wolle sich nicht überfordern und obendrein nicht unentwegt Fragen diskutieren, über die ohnehin

nur gesamtkirchlich befunden werden könne, ist nicht unproblematisch: Wie leicht könnte sie als eine *Selbstentmündigung* von Diözesen mißdeutet werden.

Vorbehalte gegenüber dem Institut Diözesansynode, wie es das Kirchenrecht kennt, sind insoweit berechtigt, wie damit noch zuwenig von dem realisiert wird, was an synodalem Ausdruck kirchlicher „communio“ wünschenswert wäre. Die Vorbehalte, die gegenwärtig die Diskussion bestimmen, laufen jedoch darauf hinaus, daß man die Zielperspektive von mehr verbindlicher Synodalität bei der Kirchenführung aus dem Auge zu verlieren droht. Letzteres dürfte damit zu tun haben, daß man Kirche immer noch zuwenig als das wahrzunehmen gelernt hat, was sie eben auch ist: *Gemeinwesen*. Aus dem gesellschaftlichen und staatlichen Bereich bringen Zeitgenossen, die Glieder der kirchlichen Gemeinschaft sein wollen, eine bestimmte *politische Kultur* mit, unter deren Niveau auch das kirchliche Gemeinwesen auf die Dauer nicht zurückfallen darf, wenn es nicht nachhaltig Schaden nehmen will. nt

## Involviert

### *Kirche und Nationalitätenkonflikte in Jugoslawien und der ČSFR*

Von den Nationalitätenkonflikten, die nach dem (mehr oder weniger vollständigen) Ende der kommunistischen Herrschaft das Gesicht Mittel-, Ost- und Südosteuropas mitprägen, ist die *katholische Kirche in unterschiedlichen Konstellationen* betroffen. In *Litauen* mit seiner fast rein katholischen Bevölkerung gingen und gehen nationale und religiöse Renaissance weitgehend Hand in Hand. In *Rumänien*, wo die katholische Kirche insgesamt in der Minderheit ist, umfaßt sie sowohl Angehörige der rumänischen Mehrheit wie der (deutschen, vor allem aber ungarischen) Minoritäten. In *Jugoslawien* sind die Grenzen zwischen den

beiden Hauptprotagonisten des gegenwärtigen Ringens um die künftige politische Organisationsform auch konfessioneller Natur: den katholischen Kroaten stehen die orthodoxen Serben gegenüber. Demgegenüber ist die katholische Kirche in der *Tschechoslowakei* sowohl im böhmisch-mährisch-schlesischen wie in dem nach größerer Autonomie oder sogar völliger Souveränität strebenden slowakischen Landesteil Mehrheitskirche.

Die tschechischen wie die slowakischen Bischöfe haben in verschiedenen Stellungnahmen der letzten Zeit versucht, Öl in die Wogen zu gießen und zu einer gütlichen, die legitimen Interessen aller Beteiligten berücksichtigenden Lösung der nationalen Spannungen beizutragen. Allerdings ließen die Bischöfe der Slowakei keinen Zweifel daran, daß sie die Bemühungen um eine größere Autonomie ihrer Heimat unterstützen, ohne sich zum Fürsprecher einer völligen Loslösung der Slowakei aus dem tschechoslowakischen Staatsverband zu machen. Die böhmischen und mährischen Bischöfe hielten ihrerseits fest, gerechte politische und wirtschaftliche Lösungen für die Koexistenz der in der ČSFR lebenden Völker seien nur durch die Überwindung von Vorurteilen und Emotionen möglich. Die katholische Kirche sei sich ihrer *Brückenfunktion* und ihrer Aufgabe bewußt, die verschiedenen Völker der Tschechoslowakei zu vereinen und die Gesellschaft zu Versöhnung und Zusammenarbeit in der Zukunft zu bewegen.

Die *kroatischen Bischöfe* sahen sich im Februar zu einer ausführlichen Erklärung genötigt, in der sie ihren Mitbrüdern in der Weltkirche ihre Sicht der Geschichte Jugoslawiens und der gegenwärtigen Konfliktsituation darlegen. Angesichts der schlechten Erfahrungen der katholischen Kirche Kroatiens sowohl mit dem „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ zwischen den Weltkriegen wie mit dem jugoslawischen Staat Titos heißt es, man sehe „im neuen politischen Rahmen der Verselbständigung der Völker“ Jugoslawiens eine Möglichkeit für freieres Wirken und ein friedlicheres Zusammenleben in einer pluralistischen